

Am 11.9.2014 fand unser Aktionstag unter dem Motto „Gewalt – Schutz geht vor“ am Landtagsgebäude in Düsseldorf statt.

Ein Bündnis aus Fraueninitiativen und -projekten hatte dazu aufgerufen, um der langjährigen Forderung nach einer gesetzlichen Grundlage für die Arbeit zu fordern. Schutz vor Gewalt für Frauen und Kinder darf nicht länger von der Haushaltslage abhängen. Die Koalition hatte bei ihrem Antritt 2011 angekündigt, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, um „jeder von Gewalt betroffenen Frau und jedem ihrer Kinder kostenlose Zuflucht in einem Frauenhaus zu gewährleisten, unabhängig von Herkunft, Wohnort, Einkommen, Aufenthaltsstatus, sexueller Identität oder Behinderung...“



Darum schwenkten die Demonstrantinnen Fähnchen, auf denen „Koalitionsvertrag“ steht, oder „versprochen ist versprochen“. Der Ärger über das nicht gehaltene Wahlversprechen ist groß bei den Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und Notrufen. Seit bald 40 Jahren kämpfen sie für eine verlässliche, auskömmliche und vom Einzelfall unabhängige Finanzierung und sind es leid, weiterhin als Projekte jedes Jahr um die Förderung fürchten zu müssen.



Gerade die Frauenhäuser, die meist über Tagessätze finanziert werden, lehnen diese Einzelfall-Finanzierung ab, bei der den Opfern die Kosten der Gewalt aufgebürdet werden und die viele Frauen vom Schutz in einem Frauenhaus ausschließt. Sie hatten auf den mitgebrachten Hindernissen vieles notiert, was es den gewaltbetroffenen Frauen schwer bis unmöglich macht, einen Platz im Frauenhaus zu bekommen.

Landespolitiker und -politikerinnen waren zahlreich herausgekommen, um an den Infoständen oder auch auf dem Podium und am Mikrofon mit den Frauen zu sprechen. Allen voran die Ministerin MGEPA Barbara Steffens zeigte eine Stunde lang Gesprächsbereitschaft und diskutierte auf dem Podium mit der Moderatorin Beate Hinrichs und den Vertreterinnen der Frauenprojekte. Weniger zufriedenstellend war allerdings ihre Aussage, dass es ein Landesfinanzierungsgesetz nicht geben wird, weil NRW damit die Kommunen und den Bund aus der finanziellen Verantwortung entlassen würde. Frau



Ministerin Barbara Steffens sagte aber zu, dass es im Haushalt 2015 ff keine Kürzungen für die Frauenprojekte geben wird und "wir wollen eine Verpflichtungs-Ermächtigung für drei Jahre für die Frauenprojekte beschließen".

Die Sprecher/innen anderer Parteien (CDU/FDP) konnten zwar die Kritik der Frauen an der Landesregierung teilen, die Zusage, einem Landesfinanzierungsgesetz zuzustimmen, wollten sie aber auch nicht geben.

So bleibt als einzig Positives für uns festzuhalten, dass wir durch unser starkes gemeinsames Auftreten, auch mit viel Pink und Lila, deutlich machen konnten, dass wir weiterhin für unsere Positionen streiten werden.